

Neues aus den Brüsseler Think Tanks

Wie kann eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion aussehen? An welchem Punkt steht die Erweiterungspolitik der Europäischen Union? Diese Fragen haben nicht nur die Politik beschäftigt, auch die Brüsseler Think Tanks haben sie aufgegriffen und kommentiert.

1. Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Seit Mai dieses Jahres erarbeiteten die vier Präsidenten unter der Federführung von Ratspräsident Herman van Rompuy einen Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Am 28. November hat außerdem die Kommission einen Vorschlag dazu vorgelegt. Diese beiden Berichte bildeten die Basis für die Staats- und Regierungschefs, die auf ihrem Gipfeltreffen am 13./14. Dezember Elemente eines Fahrplans für eine vertiefte WWU beschlossen haben. Schon vor dem Gipfel beschäftigten sich die Brüsseler Think Tanks mit dem Thema. Im Zentrum standen dabei die Themen Bankenaufsicht und Fiskalkapazität.

Guntram B. Wolff von Bruegel befasst sich mit dem Vorschlag, den die Kommission vorgelegt hat, um die bestehende Wirtschafts- und Währungsunion zu verändern. Der Autor kritisiert zwei große Schwächen in der Vorlage, die Kommission greife aber ebenso einige sehr ambitionierte Punkte auf: Er bewertet es als positiv, dass die Kommission den Bedarf für ein

gemeinsames Budget in der Eurozone anerkennt. Dieses Budget sei ein stabilisierender Faktor. Dabei mache die Kommission deutlich, dass es sich nicht um permanente Transfers handle, sondern um Mittel, die strukturelle Veränderungen unterstützen sollten. Bruegel kritisiert, dass die Kommission nicht erwähnt, dass ein gemeinsames Budget nur gebraucht werde, wenn eine tiefe Rezession vorherrsche. Weiter kritisiert der Think Tank, dass der Teil zur Bankenabwicklung noch nicht vollständig ausgereift sei. Denn die Zentralisierung von Liquidierungsbefugnissen bedeute eine große Souveränitätsverschiebung, die wiederum weitergehende Reformen benötige. Weiterhin wird die Analyse der makroökonomischen Situation kritisiert. So gibt die Kommission zwar vor, in welchem Zeitraum die Banken- und Fiskalunion voranschreiten soll, allerdings fehlten die Konzepte, wie möglichst schnell wieder Wirtschaftswachstum in Europa entstehen könnte. Hier sieht Bruegel die aktuelle Herausforderung, die seitens der Kommission mit Vorschlägen für langfristige Reformen nicht ausreichend gelöst werde.

Hanno Ruding vom Centre for European Policy Studies (CEPS) blickt in seinem Papier auf die ersten Schritte der Europäischen Bankenunion (EBU) vor drei Jahren zurück. Das politische Bestreben zu einer Bankenunion in der EU oder innerhalb der Eurostaaten sei ein wichtiger, aber nicht ausreichender Schritt hin zu einer funktionierenden

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

BARBARA SCHMICKLER

Dezember 2012

den WWU. Denn eine genuine WWU brauche nicht nur eine Bankenunion, sondern auch eine Fiskal- sowie Elemente einer Wirtschaftsunion. Dabei wird Kritik am französischen Präsidenten Hollande geübt, der sich beim Treffen der Staats- und Regierungschefs im Oktober für politische Entscheidungen bei der Bankenunion ausgesprochen hatte, allerdings Fortschritte einer Fiskalunion vertagen wollte. Hier merkt das CEPS an, die Währungsunion (EMU) könne nicht nur auf der Bankenunion fußen. Der Autor nennt und kommentiert drei Basiselemente einer genuine Bankenunion: 1. die europäische Bankenaufsicht, 2. einen europäischen Abwicklungsmechanismus für Banken, sowie 3. ein europäisches Einlagensicherungssystem.

Das CEPS wirft dabei die Frage auf, welche Banken von der neu zu schaffenden Aufsicht überwacht werden sollen. Der Autor spricht sich dafür aus, dass dies auf europäischer Ebene geschieht. Sein Argument: Wenn eine größere Anzahl an kleinen und mittelgroßen Banken wegen schlechten Risikomanagements insolvent wird, soll eine europäische Aufsicht agieren, die ggf. Aufgaben an nationale Behörden delegieren kann.

Auch Madariaga greift die Frage auf, welche Banken überwacht werden sollen. Hier stelle sich die grundsätzliche Frage, ob die Bankenunion die Profile von Banken harmonisieren sollte oder ob es zuerst zu einer Einigung kommen muss, welche Banken überwacht werden sollen. Hier verweist Madariaga darauf, dass eine Bankenunion mit Universalbanken aus größeren EU-Staaten gefährlich für viele Länder sein könnte.

Im Vorschlag der EU-Kommission vom November 2012 wird auch ein zentrales Budget der Eurozone genannt, dessen Höhe sich nach der Stärke der gewollten Integration richten soll. Während die Staats- und Regierungschefs das Thema auf dem Dezember-Gipfel für das kommende Jahr ausklammerten, diskutieren die Brüsseler Think Tanks den Vorschlag.

Daniel Gros vom Centre for European Policy Studies befasst sich kritisch mit den Plänen für ein gemeinsames Budget und schreibt über die „falschen Versprechungen“, die in der Diskussion gemacht werden: Als Argument werde angeführt, dass die Währungsunion in den USA besser funktionieren würde, weil dort ein Budget vorhanden sei, um die Auswirkungen von asymmetrischen Schocks in einzelnen Staaten abzuwerten. Mit Hilfe eines eigenen Budgets, so werde argumentiert, könnte die Eurozone einen ähnlichen Schutzmechanismus installieren. Das sei jedoch ein Trugschluss. Man könne nicht argumentieren, dass die Verteilung der Gelder einer Art „Stoßdämpfer“ gleich komme. Ein Teil des Budgets in den USA sei dazu bestimmt, dass die Staaten, die weniger Steuern einnehmen, höhere Transferzahlungen erhalten. Das impliziere aber nicht gleichzeitig, dass diese Mechanismen eine Absicherung gegen Schocks bedeuten. Gros greift zudem den Vorschlag auf, einen EU- oder Eurozonenweiten Arbeitslosenversicherungsfonds zu etablieren. Auch hier gibt er zu bedenken, dass die Erfahrungen aus den USA in die falsche Richtung führen. Dort unterstützt der Staat bei landesweiten Rezessionen die einzelnen Bundesstaaten in gleicher Weise und nicht nur die, die besonders betroffen sind – wie es der Fall in Europa wäre.

BRUEGEL (6.12.2012): A genuine monetary union?

<http://www.bruegel.org/nc/blog/detail/article/955-a-genuine-monetary-union/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

BARBARA SCHMICKLER

Dezember 2012

CENTRE FOR EUROPEAN POLICY STUDIES (30.11.2012): The Contents and Timing of a European Banking Union: Reflections on the differing views.

<http://www.ceps.eu/book/contents-and-timing-european-banking-union-reflections-differing-views>

MADARIAGA (12.11.2012): European Economic Governance: Towards Which Banking Union?

<http://www.madariaga.org/events/past-events-2012/756-european-economic-governance-towards-which-banking-union>

CENTRE FOR EUROPEAN POLICY STUDIES (7.12.2012): The False Promise of a Eurozone Budget.

<http://www.ceps.be/book/false-promise-eurozone-budget>

2. Erweiterung der Europäischen Union

Zum 1. Juli 2013 soll Kroatien der Europäischen Union beitreten. Zudem hat die EU die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro begonnen und Serbien den Kandidatenstatus vergeben. Die Kommission zeichnet in ihrem Bericht vom Oktober ein Bild der aktuellen Lage in den verschiedenen Ländern, insbesondere auf dem Westbalkan, die zukünftig Mitgliedsstaaten der EU werden möchten. Auch die Think Tanks beschäftigen sich mit der EU-Erweiterung.

Ist das Glas halb voll oder halb leer? Diese Frage stellt Corina Stratulat vom European Policy Centre (EPC). Sie vergleicht die Fortschritte im Erweiterungsprozess der Länder auf dem Westbalkan. Der Kosovo, der seit August dieses Jahres vollständig unabhängig ist, hat einige kurzzeitige Ziele vorgegeben bekommen, um die Verhandlungen für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkom-

men mit der EU aufzunehmen. Die Kommission hat außerdem zugesichert, Albanien den Kandidatenstatus zu verleihen, sobald bestimmte Reformen durchgeführt wurden. Insgesamt ist sich die Autorin sicher: Es gibt Hoffnung für den Erweiterungsprozess, aber reicht diese aus? In ihren Ausführungen nennt sie Gegenbeispiele, die zeigen, welcher weitere Weg noch vor den potentiellen Mitgliedsstaaten liegt. Das EPC beschreibt auch die Auswirkungen der Krise auf den Balkan, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit und die abnehmenden Wachstumsraten.

Passend dazu beschäftigt sich Rumiana Jeleva vom Centre for European Studies (CES) mit den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beitrittsaussichten der Länder auf dem Westbalkan. Hier macht sie deutlich, dass eine Besserung der wirtschaftlichen Lage eine wesentliche Bedingung für eine Unterstützung der EU-Integration vor Ort darstellen würde. Dennoch verstärken die Schwächen des Demokratieprozesses in diesen Ländern die negativen Effekte der Krise. Das CES stellt die Frage, welche Lehren aus der Krise für die Integration der Balkanländer gezogen werden können. Die Studie arbeitet heraus, dass die Auswirkungen der Krise den globalen Trends ähneln, jedoch ein Jahr zeitversetzt stattfinden. In dem Papier heißt es, die Region müsse mehr in makroökonomische Stabilität investieren und mit strukturellen Reformen verstärkt gegen hohe Arbeitslosenraten vorgehen. Außerdem zeigt die Studie Unterschiede und Ungleichheiten der Entwicklung auf nationaler und lokaler Ebene in Bezug auf Kultur, Modernisierung, wirtschaftliche Verbesserung und Aufbau von Institutionen zwischen den Ländern und ethnischen Gemeinschaften der Region. Die Krise verdeutliche,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

BARBARA SCHMICKLER

Dezember 2012

dass die Europäische Union erst fertig gestellt sei, sobald die sieben westlichen Balkanländer beitreten können. Denn erst dann seien Frieden, Wohlstand und gute Nachbarschaft auf dem Westbalkan garantiert.

Die Frage nach einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU wird von den Think Tanks ebenfalls aufgegriffen:

Das European Policy Centre nennt die aktuelle Situation eine Testphase für die Türkei. Innerhalb der Türkei seien vor allem drei innenpolitische Fragestellungen auf der Agenda: Die Hungerstreiks wegen der Kurdenfrage, die Pressefreiheit sowie die neue Verfassung. Damit stehe die Türkei unter internationalem Druck.

Carnegie Europe sieht einen Beitritt der Türkei zur EU heute als unsicherer denn je an. Der Brüsseler Think Tank schlägt eine „virtuelle Mitgliedschaft“ vor und führt Punkte auf, bei denen sowohl die Türkei als auch die EU voneinander profitieren könnten. Im Bereich der Außenpolitik müsse die Türkei immer mehr feststellen, dass der Unilateralismus dauerhaft an Grenzen stößt. Umgekehrt könnte die EU von der Macht der Türkei in der Arabischen Welt profitieren. Im Bereich der südlichen Nachbarschaftspolitik könnte die Türkei assoziiert werden, türkische Experten könnten an individuellen regionalen Task Forces teilnehmen und so die Kooperation zwischen Ankara und Brüssel verstärken. Im Bereich der Sicherheitspolitik schlägt Carnegie vor, die EU sollte der Türkei eine wichtigere Rolle bei der Planung und Durchführung von EU-geführten Einsätzen geben. Im Gegenzug sollte Ankara bei Kooperationen zwischen NATO und der EU flexibler werden.

In einem weiteren Bericht des European Policy Centre wird

die aktuelle Situation als „paradox“ beschrieben. Einerseits erkläre die EU ständig, die Türkei sei wirtschaftlich und politisch ein Schlüsselpartner. Die Hohe Repräsentantin Catherine Ashton stellt die Türkei als starken außenpolitischen Partner zwischen Arabischer Welt und Europa dar. Andererseits bleiben die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wie eingefroren. Das wiederum beeinflusse den Willen der Türkei, die von der EU geforderten Reformen einzuleiten. Wie in einem Teufelskreis sei dabei Vertrauen verloren gegangen, welches nun wieder geschaffen werden müsste.

EUROPEAN POLICY CENTRE (11.10.2012): EU enlargement to the Balkans: the show must go on.

http://www.epc.eu/documents/uploads/pub_2988_eu_enlargement_to_the_balkans.pdf

CENTRE FOR EUROPEAN STUDIES (1.11.2012): The Impact of the Crisis on the EU perspective of the Western Balkans.

http://www.18889322946.ws/ComTool6.0_CES/CES/EDocumentManager/gallery/Research_Papers/the-impact-of-the-crisis-western-balkans-web.pdf

EUROPEAN POLICY CENTRE (6.12.2012): Testing times for Turkey: the road ahead.

http://www.epc.eu/prog_details.php?cat_id=6&pub_id=3070&prog_id=1

CARNEGIE EUROPE (Dezember 2012): Avoiding a Divorce: A Virtual EU Membership for Turkey.

<http://carnegieeurope.eu/publications/?fa=50218&lang=en>

EUROPEAN POLICY CENTRE (19.10.2012): Turkey-EU relations: time to rebuild trust.

http://www.epc.eu/pub_details.php?cat_id=4&pub_id=3021